

# Ronny Weber

(<http://www.ronnyweber.de>)

Die Pflichten des Bruno H.

Im Rechenzentrum des Datenministeriums herrschte Hochbetrieb. Bruno H. sortierte die Ausdrücke der Listen nach Farben. Auf den *grünen* Blättern waren die Namen all jener vermerkt, die gegen staatliche Vorgaben hinsichtlich Körpergewicht, Einkaufsverhalten und Ernährungsweise, sportlicher Ertüchtigung und Gesundheitsvorsorge sowie das Genussmittelverbot verstießen.

Die *blauen* Blätter dokumentierten Verletzungen von Meldeauflagen, Anzeige-, Steuer- und Abgabepflichten sowie Missachtung behördlicher Anweisungen.

*Rot* waren schließlich die Ausdrücke mit den Namen der Personen, die sich in irgendeiner Weise verdächtig verhielten, zum Beispiel durch auffällige Bewegungsprofile, Telekommunikationsgewohnheiten oder fragwürdige Religiosität. Auch abweichendes Sexualverhalten erregte die Aufmerksamkeit der Staatsgewalt. Das Ministerium bezog seine Informationen nicht nur aus dem elektronischen Überwachungssystem, sondern auch von bezahlten „aufmerksamen Bürgern“. Letztere waren als Quelle besonders ergiebig...

Es gab übrigens noch die – inoffiziellen – *schwarzen* Listen, doch wurden diese nicht von Bruno H., sondern dem staatlichen Sicherheitsdienst bearbeitet. Wer in dieser Datei auftauchte, hatte sich – absichtlich oder unabsichtlich – „politisch unkorrekt“ verhalten. Für jede Verfehlung wurden – analog der Verkehrssünderdatei – Strafpunkte verteilt; allerdings ohne das Wissen der entsprechenden Missetäter. Wenn das Maß voll war, verloren die Delinquenten auf staatliche Anordnung nicht nur Arbeitsplatz, Wohnung und Konten, sondern auch sämtliche Bürgerrechte und Rentenansprüche.

Bis dahin war es aber ein weiter Weg. So stellte das Lesen einer systemkritischen Zeitung (man konnte selbige mit etwas Aufwand über das weltweite Datennetz beziehen) an sich noch keine schwerwiegende Verfehlung dar. Dafür gab es in der Regel ein einziges Pünktchen. Auch die Verwendung eines öffentlich geächteten

Begriffes oder das Verfassen eines Leserbriefes oder Diskussionsbeitrages im Netz fielen in diese Kategorie.

Anders sah die Sache schon bei Teilnahme an Protest-Demonstrationen oder der Mitarbeit in Bürgerinitiativen aus. Hier konnte man sich schnell drei oder gar fünf Punkte einfangen; wohlgemerkt: ohne es zu wissen! Besonders hart traf es Historiker mit abweichendem Geschichtsbild oder systemkritische Politikwissenschaftler und Soziologen. Hier konnte das Maß schon nach einer einzigen Publikation voll sein. In gigantischen Rufmordkampagnen warf man diesen Leuten dann Missbrauch der Wissenschaft oder gar „Hetze“ vor, was nicht selten zur völligen gesellschaftlichen Vernichtung dieser „subversiven Elemente“ führte. Zur Vollstreckung der medialen Todesstrafe bediente man sich eines effizienten Geflechts von „Hinrichtungsjournalisten“, die eigens zu diesem Zwecke ausgebildet worden waren.

Bruno H. schaute die grünen Listen durch. Er selbst würde sich dort auch wiederfinden. Wie schon so oft. Der Staat wusste bescheid.

Zur letzten amtsärztlichen Pflichtuntersuchung waren bei Bruno H. fünf Kilo Übergewicht festgestellt worden. Zudem hatte er schon zum zweiten Mal hintereinander den Trimm-dich-Kurs der Krankenkasse geschwänzt, obwohl ihn die „Grüne Kommission“ – die für solche Anordnungen zuständig war – zu regelmäßiger Teilnahme verdonnert hatte.

Als notorischem Wiederholungstäter und gesundheitspolitischem Totalverweigerer drohten ihm nun eine saftige Geldstrafe, eine Erhöhung des Krankenkassenbeitrages und im Extremfall die Einweisung in ein Ertüchtigungslager. Den mindestens zweiwöchigen Aufenthalt würde man Bruno H. vom Jahresurlaub abziehen...

Auf dem ersten Blatt der Listensammlung standen die Drogenkonsumenten. Damit waren aber keinesfalls die polizeibekanntesten Fixer gemeint (denen konnte man ohnehin nicht mehr helfen und versorgte sie deshalb von Staats wegen mit Stoff), sondern „normale“ Menschen, die sich beispielsweise heimlich zum Hochzeitstag eine Flasche Bordeaux gegönnt und unvorsichtigerweise die Gardinen offen gelassen hatten. Nebenan wohnte fast immer eine ältere Dame oder ein einsamer Herr, die jeden Tag mit reißerischen Fernsehbeiträgen über den Zusammenhang zwischen Alkohol, Gewalttaten, hohen Kassenbeiträgen und Verlotterung der Jugend

zugedröhnt wurden. So schritten sie dann zum Telefon und meldeten als aufmerksame und besorgte Bürger, ihre Nachbarn würden „saufer“.

*Offiziell* war der Verkauf von alkoholischen Getränken oder Tabakwaren verboten, doch der Schmuggel über die offenen Grenzen trieb gar prächtige Blüten. Den „Dealern“ drohten harte Strafen, was angesichts der Tatsache, dass Heroin-Abhängige „kostenlos“ durch den Staat versorgt wurden, regelmäßig zu Unmutsäußerungen in der Bevölkerung führte. Wer sich bei derartigen Missfallensbekundungen erwischt ließ (zum Beispiel in einer Teestube oder während der Mineralwasserpause) bekam zwei Punkte in den schwarzen Listen.

Den Konsumenten selbst brummte man Aufklärungsseminare und Geldstrafen auf. Wären für jeden heimlich getrunkenen Tropfen, für jede heimlich gerauchte Zigarre Punkte fällig geworden, hätte man das halbe Volk zu Staatsfeinden erklären müssen.

Bruno H. seufzte. Namen über Namen. Auf den hinteren Listenplätzen fanden sich Personen, die gegen die „goldenen Ernährungsregeln“ verstoßen hatten, weil sie zuviel Fleisch und zu wenig Obst kauften. Die Supermarktkassen übermittelten die Daten automatisch an das Rechenzentrum im Ministerium. Zudem meldeten aufmerksame Bürger (und Bürgerinnen...) ausufernde Grillgelage und Schlachtfeste den zuständigen Behörden. Manche taten es wegen der Geldprämie, andere aufgrund ihres pathologischen Vegetarismus. Auf jeden Fall konnte man die „Grüne Kommission“ damit gehörig auf Trab halten, weshalb es nicht wenige Scherzbolde gab, die regelmäßig anonym „Fehlalarm“ auslösten; und sei es auch nur, um selbst in Ruhe gelassen zu werden.

Die Ernährungs- und Gesundheitshysterie erinnerte übrigens an jene Zeiten, als man überall den „Rechtsextremismus“ zu bekämpfen suchte und in der Steigerung des „antifaschistischen“ Wahns am Ende sogar katholische Gottesdienste und Vereinstreffen der Freiwilligen Feuerwehr auflöste. Irgendwann wurde der antifaschistische Terrorismus vom Klimaschutz-Despotismus abgelöst.

Die Zuständigkeit für den Kampf gegen „Klimaverbrecher“ lag direkt bei der Regierung. Wie der Begriff „Klimaverbrecher“ ahnen lässt, wurden Verstöße gegen die immer absurderen Energiespar- und Umweltschutzgesetze grundsätzlich als Straftat gewertet, die (harten) Urteile sofort vollstreckt: Es war daher gar nicht nötig, in den unteren Bürokratie-Hierarchien Listen zu führen. Eine Übertragung der Daten

zum staatlichen Sicherheitsdienst mit seinem Punktesystem befand sich aber in Vorbereitung.

Die blauen Listen waren in der Regel nicht so umfangreich. Die Bevölkerung hatte sich weitestgehend ohne Widerstand in das allgemeine Überwachungssystem gefügt. Man gehorchte und ließ sich beherrschen, erfüllte pünktlich die bürokratischen Pflichten und zahlte brav seine Steuern und Abgaben.

Die wenigen „Rebellen“ wurden mit Strafgeldern, Auflagen und mutwilliger „Paragrafenreiterei“ mürbe gemacht.

Auf den roten Listen schließlich tauchten in erster Linie unbescholtene Bürger auf; meist Autofahrer, deren Mautdaten mit der „Einsatzzentrale gegen Terrorismus“ beim Innenministerium abgeglichen wurden, oder Vieltelefonierer mit hohem Anteil an Auslandsgesprächen. Die Mehrzahl der relevanten Daten war aber schon vorher im Filter der Terrorismusabwehr hängen geblieben. Große Brocken standen mithin nicht mehr auf den Listen; höchstens noch ein paar „Krümel“ ohne besondere Relevanz.

Dennoch prüfte man im Einzelfall den Sachverhalt zur „Klärung von Unstimmigkeiten“ nach. Man konnte ja nie wissen...

Interessant schien hingegen die Beobachtung von Personen mit häufig wechselnden Sexualpartnern oder ausgefallenen Liebespraktiken. Zum einem wollte man wohl die Ausbreitung von Geschlechtskrankheiten unterbinden (dann hätten die Personen aber auf die grüne Liste gehört); zum anderen schien man unterschwellig Angst vor einer „Pervertierung“ der Gesellschaft zu haben, die neben sexueller Freiheit auch politische einfordern könnte. Schließlich stieß die Auskundschaftung des Intimsten gerade bei als „abartig“ klassifizierten Personen auf Unmut.

Wer statt „Blümchensex“ zu praktizieren, lieber die Peitsche schwang, konnte nach Maßgabe der Staatsgewalt ohnehin nicht normal sein. Aus diesem Grunde wurden entsprechende Personen zu psychologischen Untersuchungen geschickt und der Einkauf von „Sexspielzeug“ einer Genehmigungspflicht unterworfen. Masochistisch veranlagte Menschen mussten auf behördliche Anweisung offizielle Einverständniserklärungen für diverse Praktiken unterschreiben.

Bruno H. las diesen Teil der Listen stets mit großem Interesse. Was es nicht alles so gab! Da sage noch einer, die Arbeit in der Behörde sei eintönig. Langweilig war lediglich die Datensammlung über Personen, die heimlich pornographisches Material

erworben hatten. Damit verhielt es sich wie bei den Genussmitteln. Obwohl verboten, existierte ein reger Handel mit geschmuggelter Ware. Die Sanktionen waren die üblichen: Aufklärungsseminare, Geldstrafen, aber auch öffentliche Bekanntmachung der Missetäter.

Die vorgenannten Aufzählungen der zu listenden Fehlritte sind natürlich unvollständig; ein exemplarischer Querschnitt. Es gab noch eine Vielzahl weiterer Delikte und Abweichungen von der Norm. Je nach aktueller Lage wurden neue Vergehen hinzugefügt oder bisherige nicht weiter verfolgt. Es ging bei den Listen ohnehin weniger um die Sache, sondern um die Kontrolle an sich. Jeder fünfte Bürger profitierte mehr oder weniger direkt von diesem System; sei es als Angestellter des Ministeriums, als Mitglied der verschiedenen Verwaltungen, Verfolgungsbehörden und Kommissionen, als Anbieter von Aufklärungs- und (Um-)Erziehungsseminaren oder als bezahlter Zuträger.

Bruno H. war Leiter der Datensammelstelle, 43 Jahre alt, glücklich geschieden. Der erwachsene Sohn studierte Geschichte auf Lehramt und lebte in einem nahe gelegenen Internat. Man traf sich gelegentlich zu einem Plausch; einem Austausch von Belanglosigkeiten. Mit weiteren Angehörigen pflegte Bruno H. keinen Kontakt, da diese ihn wegen seiner Tätigkeit verachteten. Er selbst bezeichnete seine Sippschaft gern als „liberales Pack“. So verbrachte er den Großteil seiner Zeit im Büro unter Kollegen, wo man wenigstens einer Meinung war. Seiner.

(Dezember 2007)